

Medienmitteilung

Zürich, 4. Oktober 2010

Vorschläge der bundesrätlichen Too-big-to-fail-Kommission

Massnahmenpaket ungenügend

Die Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz Schweiz erachtet die von der bundesrätlichen Expertenkommission erarbeiteten Vorschläge zur TBTF-Problematik als ungenügend. Zweifellos sind erhöhte Anforderungen an die Eigenmittel und die Liquidität zu begrüßen. Die Eigenmittelanforderung von 19% der risikogewichteten Aktiven wirkt zudem hoch. Jedoch handelt es sich nur zur Hälfte um echte Eigenmittel. Die Dynamik und die Marktakzeptanz der andern Hälfte, der von der Kommission vorgeschlagenen Pflichtwandelanleihen, ist noch völlig unbekannt. Die Risikogewichtung der Bilanzeinträge ist zudem überwiegend eine Illusion, waren doch in der letzten Krise gerade diejenigen Wertpapiere am problematischsten, die mit den Bestnoten der Rating-Agenturen ausgezeichnet, also als vollkommen risikolos markiert worden waren (Derivate von Subprime-Hypotheken). Die Übergangsfrist von acht Jahren für die Erfüllung der Anforderungen ist viel zu lang, denn auf den Kapitalmärkten ist nach wie vor ein massiver Überfluss an Geldern vorhanden. Es ist zu befürchten, dass eine nächste Finanzkrise bereits früher eintritt. Das ganze neue Regelwerk ist zudem sehr kompliziert, und die Abwicklungsdynamik im Krisenfall kaum voraussehbar. Deshalb steht auch in den Sternen, ob die vorgesehenen organisatorischen Massnahmen (Ausgliederung der systemkritischen Funktionen) im Krisenfall vernünftig gehandhabt werden könnte.

Viel besser ist es, diese systemkritischen Funktionen, insbesondere den Zahlungsverkehr und die Lohnkonti, bereits heute in einen Service public zu überführen. Nur noch Service public-Institute, die strengen Auflagen genügen, sollen Zahlungsverkehr abwickeln dürfen (z.B. die Postfinance). Andere Institute müssen diesen Service public im Sinne eines Outsourcing benutzen. Service public-Institute sollen auch als einzige einen Einlegerschutz anbieten können, der staatlich abgesichert ist. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass ein erheblicher Teil der Gewinne aus dem Finanzmarkt steuerlich abgeschöpft wird und Boni ebenfalls als Gewinne taxiert werden. Denn diese Gelder sind heute aus gesellschaftlicher Sicht am falschen Ort: Sie machen Druck auf rasche und hohe Renditen, was immer neue Spekulationsblasen erzeugt. Deshalb ist es unerlässlich, einen guten Teil dieser Gelder in Bereiche zu transferieren, wo sie Nutzen statt Schaden erzeugen, z.B. für einen ökologischen Umbau oder für die Sicherung und den Ausbau des Gesundheitssystems und der Bildung.

In der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz befasst sich seit anderthalb Jahren mit der Too-big-to-fail-Problematik. In der Fachgruppe arbeiten mehrere Ökonomen mit, die u.a. auch in Aufsichtsorganen von Banken tätig sind. Die Fachgruppe hat ein Positionspapier zur TBTF-Thematik erarbeitet. Das Working Paper ist abrufbar unter: http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

Das Denknetz Schweiz ist ein sozialkritischer Thinktank, der auf der Überzeugung gründet, dass die Grundwerte der Freiheit und der Gleichheit nicht gegeneinander ausgespielt werden können, ohne dass beide Schaden nehmen. Das Denknetz ist ein Verein mit 650 Einzelmitgliedern. Viele schweizer Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei sind Kollektivmitglieder des Denknetz. www.denknetz-online.ch

Für Fragen steht zur Verfügung:

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär Denknetz, 079 339 87 76
beat.ringger@denknetz-online.ch